

# DER MAHRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



*Fluch dem Atollstörefried!*



Nr. 65  
Aug./Sept. 1966

# Vietnam, Washington und Bonn

- In Vietnam entscheidet sich auch das Schicksal der Bundesrepublik -

Am 12. Juli meldete die Presse: "Der Aufbau der amerikanischen Streitkräfte in Asien ist in letzter Zeit beschleunigt vorangetrieben worden. Die USA investieren große Summen in den Unterhalt und den Ausbau von Militärstützpunkten im südostasiatischen Raum und werden dort demnächst mehr als eine halbe Million Mann stehen haben. In Südvietnam sind gegenwärtig 273 000 Amerikaner stationiert..."

Auf Okinawa befinden sich heute über 30 000, in Japan 39 000, auf Hawaii 40 000 und in Thailand 20 000 Amerikaner. Weitere starke Truppenteile befinden sich auf Guam, auf Taiwan und in Laos. Die wichtigste Nachschubbasis für Vietnam, die VII. US-Flotte, die um Manila operiert, umfaßt 60 000 Mann. Dieses in schneller Erweiterung befindliche Stützpunktsystem der USA stellt vor allem eine Einkreisung Chinas dar und entspricht damit der Forderung der Pentagon-Generäle, "das chinesische Kind in der Wiege zu erwürgen", der sich Präsident Johnson durchaus nicht abgeneigt zeigt.

In diese katastrophale, den Weltfrieden akut bedrohende Entwicklung ist die Bundesrepublik durch ihr Bündnis mit den USA unmittelbar hineingezogen. Dazu schreibt Prof. Dr. L.L. Matthias unter anderem:

"Ich bin seit nunmehr 13 Jahren bemüht, den deutschen Bundesbürgern klarzumachen, daß die Vorteile einer Satellitenpolitik, wie man sie bisher den USA gegenüber getrieben hat, in keinem Verhältnis zu den katastrophalen Nachteilen stehen, die aus einer solchen Politik erwachsen müssen und erwachsen werden. (Zugleich versperrt ja diese Politik auch eine friedliche Lösung der deutschen Frage; d.Red.) Wenn diese Katastrophe bis heute nicht eingetreten ist, so hat man das nicht der eigenen Führung zu verdanken, sondern ausschließlich gewissen Umständen, die jenseits des eigenen Machtbereichs liegen und also als zufällig günstige Umstände bezeichnet werden dürfen."...

"Die USA kämpfen in Vietnam. Der Ausgang dieses Krieges ist ungewiß. Und zwar ist er das nicht nur aus militärischen, sondern auch aus innenpolitischen Gründen. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Opposition gegen diesen Krieg in den USA wächst. Niemand könnte in einem solchen Falle voraussagen, was dann geschehen wird. Die Regierung könnte gezwungen werden, dem Druck der öffentlichen Meinung nachzugeben; aber es könnte auch das umgekehrte eintreten und die öffentliche Meinung gezwungen werden, dem Druck der Regierung nachzugeben. Die Regierung könnte diesen Druck z.B. dadurch ausüben, daß sie den Krieg weiterhin ausdehnt, escaliert und die öffentliche Meinung auf diese Weise vor eine Alternative stellt, die keine Wahl gestattet. Eine solche Alternative wäre die Escalierung des Krieges in Vietnam zu einem Kriege mit China, wobei es gleichgültig wäre, ob man China zu einer Aggression zwingt oder selbst aggressiv vorgeht. Ein Krieg mit China würde es der Sowjetunion mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit unmöglich machen, neutral zu bleiben, wenn sie nicht ihr Prestige als führende sozialistische Macht verlieren und zugleich eine zweite Front in Asien - und damit eine territoriale Einkreisung durch die USA in Asien und Europa - riskieren will. Ist also die Sowjetunion gezwungen, sich an einem amerikanisch-chinesischen Krieg zu beteiligen, so ist für die Bundesrepublik auf Grund der NATO-Verträge wiederum der Bündnisfall gegeben - und damit die unabwendbare Vernichtung.

Was sich gegenwärtig in Asien abspielt, ist also keineswegs eine "amerikanische Angelegenheit". Die Vorgänge berühren vielmehr die Bundesrepublik in exakt der gleichen Weise wie einstmal die Kuba-Krise. Die Analogie geht sogar noch weiter. Wie es im Kuba-Fall jenseits des Machtbereichs der Bundesrepublik lag, irgendwelchen Einfluß auf die Entwicklung von Vorgängen, die für sie

Sein oder Nichtsein bedeuten konnten, in Amerika zu gewinnen, so ist es für die Bundesrepublik auch heute unmöglich, Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Asien auszuüben und eine Escalierung des Vietnam-Krieges zu einem Krieg mit China zu verhindern. Mit anderen Worten: die Bundesregierung befindet sich heute wie damals in der Situation einer totalen Abhängigkeit von einer Macht, die es bisher *n i e m a l s* für erforderlich gehalten hat, ihre Verbündeten bei entscheidenden Fragen zu konsultieren und also tut, was sie will. (Wenn man ein solches Verhältnis nicht als sklavisch bezeichnen darf, so weiß ich nicht, was unter sklavisch zu verstehen ist...")

Nach einer Darlegung der Einkreisungspolitik der USA in Asien (in die heute auch unter Ausnutzung seiner Wirtschaftsnotlage Indien einbezogen ist) kommt Prof. Matthias zu folgender Schlußfolgerung:

"Man muß sich alles dies klarmachen um zu begreifen, in was für einer gefährlichen Lage wir uns befinden. Diese Gefahr ist real. Denn um das Maß voll zu machen, hat die Bonner Regierung kürzlich in Washington auch noch ihre Bereitschaft erklärt, sich an der Einkreisung Chinas zu beteiligen; sie hat den Amerikanern angeboten, Stützpunkte für Unterseeboote im Indischen Ozean zu errichten.

Es erübrigt sich, von Verantwortungslosigkeit zu sprechen. Diese Politik ist doppelt verantwortungslos, weil sie nicht nur weiterhin am NATO-Pakt festhält, sondern auch noch den einzigen Staatsmann (West-)Europas, der die hier skizzierten Überlegungen angestellt und daraus seine Konsequenzen gezogen hat, den General De Gaulle, als einen Querkopf und Feind Europas verleumdet.

De Gaulle weiß, was er will. Die Regierung in Bonn weiß es nicht - es sei denn, daß sie darauf wartet, in einen dritten Weltkrieg hineingezogen zu werden."

#### Nachbemerkung der Redaktion:

Auch für die Einwohner Westberlins ergeben sich aus dem Dargelegten von ihnen zu vertretende Forderungen

im Interesse ihrer eigenen Sicherheit: Herauslösung Westberlins, das nicht zur Bundesrepublik gehört, aus der Bevormundung der Bonner Regierung, durch die unsere Stadt in ihre Katastrophenpolitik einbezogen wird.

Unterstützung aller Bemühungen, die darauf abzielen die sklavische Koppelung Westdeutschlands an die aggressive Politik der USA zu lösen, jedwede Unterstützung der Aggression der USA in Südostasien zu verweigern und die Wahrung des Genfer Abkommens von 1954 und damit die Beendigung des Vietnam-Krieges durchzusetzen.

## *Sie sind unter uns*

Die "Stimme der Gemeinde" schrieb: "Der Geist Hitlers ist nicht tot. Er ist unter uns. Auch Hitler würde dem 'Kampf gegen den Bolschewismus' in den vietnamesischen Reisfeldern zustimmen. Auch Hitler würde über Rechtsbrüche hohnlachen, über das Verbrennen von Dörfern und Kindern hinwegsehen, entzückt sein angesichts von Brandbomben, Gas, Raketen." - Ja, und die Träger dieses Geistes sind lebendig unter uns. Es sind nicht nur jene, die Atomwaffen fordern und Anspruch auf verlorene Gebiete erheben, nicht nur jene, die mittels Notstandsverfassung und anderer Maßnahmen ihre Diktaturgelüste verwirklichen wollen. Es sind auch die einstigen treuen Diener des Hitlerschen Verbrechensstaates, die heute wieder (oder noch immer) Recht sprechen, mitregieren, kommandieren, wirtschaften, Profite machen und verwalten können. Es sind auch die professionellen Meinungsapostel, die die Seele des Volkes vergiften, und auch die organisierten Brandstifter, Grabschänder und Hakenkreuzschmierer wie auch jener Bundeswehrhauptmann Rothe, der Strafantrag gegen die Sängerin Elchlepp aus München stellte, weil sie das Lied vom "ewigen Soldaten" zu singen wagt und erklärt: Ich hasse den Krieg. Ich will keine Schnulzen singen. Es ist wichtig und gut, laut zu sagen oder zu singen, was man denkt. - Sie tragen heute nur selten eine Uniform, aber in sich den alten Ungeist.

# Lübke gestern — und heute

In unserer Februar-Ausgabe hatten wir über die Mitwirkung des derzeitigen Bundespräsidenten Dr. Lübke bei der Errichtung von Konzentrationslagern in den Kriegsjahren berichtet, worüber der internationalen Presse am 24. Januar von Prof. Norden Beweise vorgelegt wurden. Am 15. Juni nun wurde auf einer Pressekonferenz in Litoměřice (Leitmeritz) CSSR, dazu weiteres bekannt.

Hier wurde die Presse nicht nur über die dort von den Nazis eingerichteten unterirdischen Rüstungswerke Richard I - III, in denen etwa 12 000 Häftlinge ihr Leben lassen mußten, informiert, sondern auch über die "Einsatzgruppe VII, Todt-Organisation", die ihren Sitz in Prag hatte. Diese ausgedehnte Dienststelle wurde ab Juli 1944 von Minister Speers Vertrauensmann, Dipl. Ing. Schlempp, geleitet, der zuvor im Berliner Jäger-Stab gearbeitet hatte.

Einem Verzeichnis vom 4. 1. 1940 zufolge gehörte Heinrich Lübke, damals Bln.-Marienfelde, Emilienstr. 16, zu den leitenden Mitarbeitern Schlempps. Unter den Schriftstücken befindet sich auch ein Telefonverzeichnis, in dem die Berliner Nummer des Jäger-Stabes mit Lübkes Hausruf aufgeführt ist. Daraus geht eindeutig hervor, daß Lübke in den Jahren 1944/45 Mitglied des Jäger-Stabes war, der die kriegswichtige Produktion für den Sieg des "Dritten Reiches" vorbereitete und organisierte, bei der Zehntausende von Häftlingen und Zwangsarbeitern rücksichtslos ausgebeutet wurden und den Tod fanden. Das geschah auch in den erst vor Jahresfrist wiederentdeckten Höhlen-Werken bei Leitmeritz.

\*\*\*\*

Die Tochter Heinrich Zilles, Frau Margarete Köhler-Zille, hat öffentlich dagegen protestiert, daß die kürzlich in der Bundesrepublik gegründete "Heinrich-Zille-Stiftung" unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Lübke steht. In einer Stellungnahme in der "Berliner Zeitung" schreibt sie dazu: "Ich bin ziemlich sicher, hätte mein Vater

in der Zeit von 1933 bis 1945 noch gelebt, er hätte die von Herrn Lübke gebauten Lager von innen gesehen."

\*\*\*\*

Wie aus einem Bericht des Mitteilungsblattes der "Arbeitsgemeinschaft früherer Offiziere" hervorgeht, soll Bundespräsident Lübke, der beschuldigt wird, während der Nazizeit als KZ-Baumeister tätig gewesen zu sein, seine Personalakten, die in der Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle aufbewahrt werden, "bereinigen" lassen haben. Das Blatt stellt in diesem Zusammenhang drei konkrete Fragen an Lübke und erklärt sich bereit, seine Antworten darauf jederzeit ungekürzt abdrucken zu wollen.

\*\*\*\*

Mehrere Studentengruppen der Universität Göttingen haben in einem Offenen Brief an Bundespräsident Lübke gegen Passagen seines Telegramms an Präsident Johnson zum 190. Unabhängigkeitstag der USA protestiert. Der darin ausgesprochene Wunsch Lübkes, der Kampf der Amerikaner in Vietnam "möge von Erfolg gekrönt" werden, wurde von den Studenten "mit Bestürzung registriert". Die Studenten bestreiten, daß damit im Interesse der Bundesrepublik gesprochen worden sei. Der Publizist Haffner vergleicht im "Stern" das anmaßende Telegramm Lübkes mit den seinerzeitigen Taktlosigkeiten Kaiser Wilhelm II. und stellt die Frage, ob Lübke als Wilhelm III. in die Geschichte eingehen wolle.

\*\*\*\*

Am 19. Juli empfing Bundespräsident Lübke Delegierte der "Fildir", einer auf einige westeuropäische Länder begrenzten bürgerlichen Widerstandsorganisation, die in Bonn eine Tagung abhielten. Lübke sprach den Delegierten seine Solidarität mit den Verfolgten aus, die er auf Grund seiner eigenen Verfolgung unter dem NS-Regime habe. Zwar verbüßte Lübke in den ersten Jahren des "Dritten Reiches" eine Haftstrafe, ihr Anlaß aber war keineswegs politischer Widerstand.

# *Die siebente politische Brandstiftung*

Mit der am 9. Juli erfolgten Brandlegung im Bürohaus der Jüdischen Gemeinde wurde die Serie dieser im November vorigen Jahres begonnenen heimtückischen Anschläge neofaschistischer Kreise fortgesetzt. Unsere Organisation gab dazu die nachfolgende öffentliche Stellungnahme ab:

Die Brandstiftung im Jüdischen Gemeindehaus in Bln.-Charlottenburg, Joachimstaler-Str., hat den Zorn und die Empörung aller anständigen Bürger unserer Stadt hervorgerufen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Täter und Hintermänner dieser abscheulichen und ruchlosen Tat, die sich nicht nur gegen die jüdischen Bürger unserer Stadt richtet, sondern die Demokratie und die Freiheit aller bedroht, in den gleichen Kreisen zu suchen sind, die in den letzten Monaten ähnliche Anschläge gegen angesehene Bürger unserer Stadt richteten. Das Leben und Gut dieser Bürger wurde durch heimtückische Brandlegungen gefährdet, weil sie sich gegen die Bestrebungen der neofaschistischen und revanchistischen Kräfte und deren Forderung auf Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 erklärten.

Jede Bagatellisierung dieses neuerlichen neofaschistischen Verbrechens, das ja keine Einzelercheinung ist, wie die zu gleicher Zeit erfolgten Hakenkreuzschmierereien und Schmähungen in verschiedenen Stadtteilen beweisen, wäre eine Ermunterung für die Täter. Es ist keine Tat von Außenseitern, sondern die Auswirkung einer organisierten Revanchepolitik der Rassen- und Völkerhetze, die in bestimmten revanchistischen, militaristischen und neofaschistischen Organisationen, die in Westberlin offiziell existieren können, betrieben wird.

Solange diese Organisationen, deren Bestand dem Geist und dem Buchstaben unserer Verfassung widerspricht, ihr Unwesen treiben können, kann die Vergangenheit nicht überwunden werden, sind die Sumpflüthen neuer nazistischer Exzesse nicht beseitigt.

Die VVN Westberlin fordert den Einsatz aller polizeilichen Mittel zur Dingfestmachung der Täter und ihrer Hintermänner und deren strenge Bestrafung.

Bisher wurde noch keiner der Täter ermittelt; der Westberliner Polizeipräsident Duensing mußte jedoch zugeben, daß es sich bei den sieben, seit November vorigen Jahres verübten Brandlegungen und den immer wieder verübten Hakenkreuzschmierereien nicht um Einzelfälle, sondern um Glieder in einer Kette von Anschlägen mit politischem Hintergrund handelt. Das ergibt sich auch aus den anonymen Anrufen der Täter bei Zeitungsredaktionen, bei denen sie sich als "ostdeutsche Widerstandskämpfer" ausgaben, die mit diesen kriminellen Mitteln gegen die "Heimatverräter" kämpfen wollen. -

Die SPD-Fraktion der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung soll dafür eintreten, daß Mittel bereit gestellt werden, um auf Straßen und Plätzen Gedenktafeln für Naziopfer aufzustellen. Anlaß für diesen Antrag von Schöneberger Sozialdemokraten sind die zunehmenden Nazischmierereien und Morddrohungen gegen bekannte Persönlichkeiten. Weiter - so wurde erklärt - wolle man mit dieser Maßnahme der von den Meinungsfabriken geförderten "Politik des Vergessens" entgegentreten, damit eine nazistische Partei, wie es die NPD ist, nie wieder zum Zuge kommt.

## *„Im Falle eines Atomkrieges...“*

Auf entschiedene Ablehnung stieß der "Notstands-Experte" der CDU, der Westberliner Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwalt Ernst B e n d a, anlässlich eines im Juli durchgeführten Podiumsgespräches, auf dem er Studenten der Freien Universität die Notstandsgesetzgebung schmackhaft zu machen suchte. Die konkreten Fragen verschiedener Studentenvertreter nötigten ihn, Tasachen beim Namen zu nennen, die allesamt nicht für, sondern g e g e n die geplante Notstandsverfassung sprechen.

Gleich zu Beginn des Gespräches wurde das Hauptargument der CDU widerlegt, daß durch diese Gesetze die Bevölkerung "im Kriegsfall geschützt" werden solle. NATO-Manöver kamen zur Sprache, deren "gespielte" Ergebnisse eindeutig machen, daß in einem modernen, mit den heutigen Waffen geführten Krieg die Bundesrepublik völlig vernichtet werden würde. Dementsprechend mußte der Abgeordnete Benda zugeben: "Im Falle eines Atomkrieges gäbe es für die Bevölkerung keine Hoffnung."

Ein Vertreter des Sozialdemokratischen Hochschulbundes stellte daraufhin fest: "Dann ist es also bewußte Täuschung, zu behaupten, die Notstandsgesetze könnten die Bevölkerung schützen! Konsequenz: Der Krieg muß politisch verhindert werden und zwar durch Entspannungsmaßnahmen!"

Wie sehen die berüchtigten "Schubladengesetze" aus? - Das war die nächste unbequeme Frage. Mit diesen bereits fertiggestellten, aber nicht verkündeten und geheimgehaltenen Gesetzen hatte Bonns Innenminister Lücke vor allem den Gewerkschaften gedroht. Antwort Bendas: "Es handelt sich um eine Reihe von vorbereiteten Rechtsnormen für den Notstandsfall." Zum Beispiel solle dann der "schwerfällige Justizaufbau" vereinfacht, der Instanzenweg verkürzt werden. Im übrigen dürfe er nichts sagen, das sei geheim.

Empörtes Zischen der Studenten war die Antwort. Benda hatte nur einen Zipfel des Schleiers gelüftet, mit dem diese Geheimgesetze umgeben sind. Für den, der sich der Vergangenheit unter Hitler erinnert, eigentlich schon genug: Es geht darin um nichts anderes als um die Liquidierung der verfassungsmäßigen Rechte und Frei-

heiten, vor allem der fundamentalen Bestimmung des Grundgesetzes "Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden". Kommt es jemals zur Notstandsverfassung, dann werden wie unter Hitler Ausnahme-, Sonder- und Standgerichte die "Rechtsnorm" bilden!

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde auch die Frage des Streikrechtes aufgeworfen. Die Studenten wiesen überzeugend nach, daß es schon durch die bereits beschlossenen "einfachen Notstandsgesetze" praktisch beseitigt wird, wann immer es der Regierung gefallen sollte. Benda konnte darauf nur entgegnen, das dürfe doch allein zu "Zwecken der Verteidigung" geschehen. Darauf der Zwischenruf: "Was dient denn heute n i c h t der 'Verteidigung'?"

Ein Vertreter des Liberalen Studentebundes legte einen Modellfall dar: "Wir wollen annehmen, die Bundesregierung wolle ein Truppenkontingent nach Südvietnam schicken. Die Gewerkschaften versuchen, das zu verhindern und rufen den Generalstreik aus. Darauf erklärt die Bundesregierung den inneren Notstand und erhält dadurch alle Vollmachten, den Streik zu unterbinden. Wäre ein solcher Fall denkbar?"

Antwort des Abgeordneten Benda: "Wenn Sie sich den Schuh anziehen wollen, na schön."

Die dieser Antwort folgenden Mißfallenskundgebungen waren eine eindeutige Ablehnung der Notstandsvorhaben durch die Studenten, die sich in ihrer Mehrheit hinter den Antinotstandsbeschuß des 7.DGB-Kongresses stellen. Das spricht nur für die oftmals bestrittene politische Reife des Großteils der studentischen Jugend.

# Pfarrer warnen vor Wiederholung

Über 650 westdeutsche Pfarrer unterzeichneten einen Offenen Brief von Pfarrer Heinrich Werner aus Köln, der an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gerichtet ist und in dem Protest gegen die geplanten Notstandsgesetze erhoben wird. Der Brief hat den folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Von der Verantwortung für unseren Staat und seine Bürger gedrängt, sehen wir uns veranlaßt, uns durch diesen Offenen Brief an Sie, die Sie Lebensfragen unseres Volkes vor Ihrem Gewissen zu entscheiden haben, in die breite Auseinandersetzung um die demokratische Gesamtordnung einzuschalten. Wir wenden uns an Sie in der Hoffnung, daß durch Ihre Entscheidung eine drohende Entwicklung von der Bundesrepublik Deutschland abgewendet werden wird, die für den Staat und seine Bürger nur verhängnisvoll sein kann. Wir tun das, um verhindern zu helfen, daß wir wieder in die Lage kommen, erneut ein Schuldbekenntnis ablegen zu müssen.

Wie wir alle wissen, ist die nationalsozialistische Machtergreifung des Jahres 1933 möglich gewesen, weil zuvor die verfassungsmäßige Grundlage des Weimarer Staates durch kontinuierliche Notstandspraxis ausgehöhlt worden war. Vor einem gleichen Schicksal wollen wir die Bundesrepublik Deutschland bewahrt wissen. Waren damals nur vereinzelt kirchliche Stimmen der Warnung in der Öffentlichkeit zu vernehmen, so wollen wir heute als Theologen und Christen um so deutlicher unsere Mahnung aussprechen.

Bundesinnenminister Lücke bemüht sich seit der Neubildung der Bundesregierung, in Geheimverhandlungen eine parlamentarische Mehrheit für die sogenannte Notstandsverfassung zu finden, die nach seinem Willen im Mai oder Juni dieses Jahres von Ihnen verabschiedet werden soll. (Das ist nicht gelungen, steht aber zur neuen Entscheidung nach dem 14. September, dem Ende der Parlamentsferien an; d.Red.) Aber weder Sie selbst noch die Öffentlichkeit sind bis jetzt über den Inhalt der Neuvorlage unterrichtet. Damit wird dem Staatsbürger sein demokratisches Recht verweigert, sich an der

Diskussion um die Freiheit in unserem Staat zu beteiligen.

Dazu stellen wir fest: Wir protestieren nicht nur gegen dieses obrigkeitstaatliche Verfahren, sondern wir bitten Sie auch mit allem Nachdruck, der Grundgesetzänderung nicht Ihre Zustimmung zu geben!

Folgende Gründe haben uns zu dieser Willensäußerung gedrängt:

1. Die Notstandsverfassung als Kernstück der gesamten Notstandsgesetzgebung beinhaltet eine so weitgehende Einschränkung der staatsbürgerlichen Grundrechte, daß wir allen Ernstes die Wiedereinrichtung einer obrigkeitstaatlichen Ordnung befürchten. Wir können das Argument nicht akzeptieren, daß diese Beschränkung der Freiheit notwendig sei, um die Freiheit zu verteidigen. Die Demokratie ist nur zu bewahren durch die uneingeschränkte Geltung und Verwirklichung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Notstandsgesetze setzen Kriegsrecht in Friedenszeiten. Sie setzen die Wahrscheinlichkeit des "Ernstfalles" voraus. Darin aber sehen wir eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit der Politik. Ihr Ziel muß es nämlich sein, den "Ernstfall" zu verhindern durch eine Friedenspolitik gegenüber allen unseren Nachbarn, nicht aber, sich auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Unter diesem Aspekt werden alle Beteuerungen zur Friedensbereitschaft in den Augen unserer Nachbarn in Ost und West fragwürdig. Die Militarisierung des öffentlichen Lebens, die uns durch die Notstandsgesetze droht, muß die Spannungen in Europa verschärfen und den Weg zu einer Wiedervereinigung unseres Volkes weiter erschweren.

Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß weite Kreise der Öffentlichkeit außerordentlich kritisch das Vorhaben

der Bundesregierung beurteilen. Auch wir dürfen dazu nicht schweigen. Wir erklären uns ausdrücklich solidarisch mit dem Beschluß des Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den er 1962 in Hannover gefaßt hat, (und der 1966 auf dem 7. DGB-Kongreß im wesentlichen erneut bestätigt wurde; d. Red.) und mit dem Appell der 265 Professoren an den DGB im Mai vorigen Jahres.

Wir dürfen nicht ein zweites Mal die Demokratie in Deutschland verspielen! Sie daran zu mahnen, halten wir für eine notwendige Pflicht politischer Diakonie des Christen.

### *Kann man dem glauben?*

Am 29. Juli verbreitete DPA die folgende Meldung:

Für einen unzweideutigen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen haben sich die Freien Demokraten ausgesprochen. In einer Analyse der Antworten der osteuropäischen Länder auf die deutsche Friedensnote kam der FDP-Pressedienst... zu dem Schluß, daß damit ein "Weg aus der Sackgasse der deutschen Osteuropa-Politik" geöffnet werden könne. Im übrigen habe die Bundesrepublik keinerlei Chancen, in den Besitz atomarer Waffen zu kommen. Polen, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, Ungarn und Jugoslawien gingen davon aus, daß vor einer grundlegenden Besserung der Beziehungen ihrer Länder zu Bonn von der Bundesrepublik ein völliger Atomwaffenverzicht ausgesprochen, normale Beziehungen zwischen "beiden deutschen Staaten" hergestellt und die Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen klargestellt sein müßten. Selbst die Rumänen, die sich gegenwärtig in der deutschen Frage am beweglichsten zeigten, identifizieren sich uneingeschränkt mit den ersten beiden Forderungen. In der Grenz- und Atomwaffenfrage bestehe heute weitgehende Interessengleichheit zwischen den westlichen Verbündeten Bonns und den meisten Staaten Ost- und Südosteuropas."

So vernünftig das hier von FDP-Seite Verlautetete klingt, muß doch aufgrund bisheriger Erfahrungen gefragt werden: Kann man dem glauben?

## OSKAR MÜLLER zum 70. GEBURTSTAG

Am 25. Juli beging Kamerad Oskar Müller, Präsident der VVN in der Bundesrepublik, seinen 70. Geburtstag. Oskar Müller kann mit Stolz auf diesen 70jährigen Lebensweg zurückblicken; es war der Weg eines antifaschistischen Widerstandskämpfers, erfüllt von der Sorge um seine Mitmenschen, um sein deutsches Volk.

Das Grauen des ersten Weltkrieges, Sorge und Erkenntnis führten den jungen Oskar Müller zum Sozialismus. Aus dem kaiserlichen Offizier wurde der Soldatenrat, der spätere Funktionär des "Kampfbundes gegen den Faschismus" und Landtagsabgeordnete. Für seine unbeugsame Haltung mußte Oskar Müller unter der faschistischen Herrschaft über acht Jahre Zuchthaus und KZ auf sich nehmen. In diesen schweren Jahren bewährte er sich erneut als Widerstandskämpfer, zunächst als Lagerältester im KZ Sachsenhausen, dann, nach illegalem Kampf und erneuter Verhaftung, wiederum als Lagerältester nun im KZ Dachau, wo er durch seine mutige Haltung und Umsicht nicht nur vielen Kameraden das Leben rettete, sondern wesentlich dazu beitrug, daß das Lager nicht der Vernichtung durch die SS anheimfiel. Das große Vertrauen, daß sich Oskar Müller in den Jahren der Verfolgung erworben hatte, stellte ihn nach der Befreiung vor verantwortliche politische Aufgaben. Als Arbeitsminister des Landes Hessen setzte er viele soziale Verbesserungen durch und erwarb sich die Hochachtung selbst seiner politischen Gegner. Durch seine Mitwirkung wurde auch verbürgt, daß das Bundesland Hessen noch heute die fortschrittlichste Verfassung hat, die es je in Deutschland gab. Seit mehreren Jahren nun schon vertritt Oskar Müller die Interessen aller Widerstandskämpfer und Verfolgten in der Leitung der größten Verfolgtenorganisation der Bundesrepublik. Die VVN Westberlin übermittelte dem Jubilar in einem Glückwunschtelegramm herzliche Grüße und Wünsche für Gesundheit und weitere Schaffenskraft.

# Achtung! Wichtige Termine

Am 30. September 1966 endet der Termin bis zu dem Anträge nach dem Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz (BEG-Schlußgesetz) gestellt werden können. Eine Ausnahme bilden lediglich Anträge auf Härteausgleich nach § 171; sie können noch bis zum 30. 9. 1969 angemeldet werden.

Alle sogenannten Wiederholungsanträge und Neuanträge nach dem Änderungsgesetz müssen also bis zum 30.9.1966 angemeldet sein. Die Frist für die Substantiierung dieser Anträge dagegen wurde um ein halbes Jahr verlängert. Am 1. Juli d.J. beschloß der Bundestag eine Änderung des § 190 a Absatz 1. Der neue Gesetzestext lautet:

"(1) Ist ein Antrag auf Entschädigung nach § 189 rechtswirksam, aber ohne Darlegung des den einzelnen Entschädigungsanspruch begründenden Sachverhaltes gestellt worden, so müssen die in § 190 Nr. 1 - 4 bezeichneten Angaben bei Vermeidung des Ausschlusses bis zum 31. März 1967 nachgeholt werden. § 189 Abs. 3 findet keine Anwendung." -

Ursprünglich war auch für die Substantiierung der Anträge die Frist des 30. 9. 1966 gesetzt. Die Verlängerung dieser Frist um sechs Monate ist noch reichlich knapp bemessen in Anbetracht der Schwierigkeiten, die viele Antragsteller bei der Beweisbeschaffung für ihre Anträge haben. Hier sei noch einmal wiederholt, was zur Substantiierung des Antrages erforderlich ist:

Angaben zur Person des Antragstellers und zu seinen wirtschaftlichen Verhältnissen;

eine Darstellung des Sachverhalts, der den Anspruch begründet;

die Angabe von Beweismitteln;

Angaben über Art und Umfang des Anspruchs und auch die Erklärung, ob der Antragsteller schon früher einen Antrag gestellt oder einen Anspruch angemeldet hat.

Wer Schwierigkeiten bei der Beweis-

führung hat, wende sich bitte an unser Sekretariat, Boddinstr. 64 I, Sprechstunden Dienstags 9 - 17 Uhr, Freitags 9 - 18 Uhr. Tel. 6 86 60 06.

Wir wiederholen hier noch einmal die wichtigsten Ansprüche, die noch bis zum 30. 9. 1966 beim Entschädigungsamt Berlin geltend gemacht werden können:

Gesundheitsschäden von Verfolgten, die mindestens ein Jahr in einem KZ waren, auch wenn ein früherer Antrag aus medizinischen oder anderen Gründen abgelehnt wurde;

Soforthilfe in Höhe von DM 3 000.- für Verfolgte, die über drei Jahre in Haft waren;

Anträge auf Anerkennung mittelbarer Schäden naher Angehöriger;

Erbansprüche auf Ausbildungsschäden;

Rentenwahlrecht bei Berufsschäden für Witwen und Witwer;

Ansprüche von Verfolgten, die früher in Danzig wohnten;

Darlehen zur Beschaffung von Wohnraum;

Ansprüche auf Krankenversorgung;

Haftentschädigungsansprüche für Verfolgte, die unter falschem Namen in der Illegalität lebten;

Zuschlag zur Entschädigung für Schaden im beruflichen Fortkommen;

erhöhte Entschädigung für Schaden in der Ausbildung;

Rentenwahlrecht der Witwen und Witwer, die einen Verfolgten bis zum 26. 6. 1956 geheiratet haben;

Anfechtung von Vergleichen, Verzichten oder Abfindungen.

Daneben bietet das Änderungsgesetz noch eine Reihe weiterer Entschädigungsmöglichkeiten und Verbesserungen, die hier nicht alle aufgezählt werden können. Jeder prüfe selbst, ob noch weitere Möglichkeiten für ihn gegeben sind.

Für Anträge nach dem PRV-Gesetz (nur in Westberlin) auf Anerkennung oder PRV-Rente sind keine Fristen gesetzt.

# Mahnungen

Unter dem Titel "Die Sprache der Mörder von morgen" hatten wir in der April-Ausgabe des "MAHNRUF" einen Drohbrief veröffentlicht, den der Maler Arie Goral erhielt, nachdem er öffentlich gegen die ungehinderte Verbreitung der "Deutschen National und Soldaten-Zeitung" protestiert hatte. Der Verband der Widerstandskämpfer in Luxemburg übergab nun Ende Juni der Presse eine Erklärung, "Offener Brief an unsere jüdischen Mitbürger" betitelt, in der dieser Drohbrief wiedergegeben und zum Anlaß genommen wird, auf die Gefahren des sich verstärkenden Antisemitismus und Revanchismus hinzuweisen. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

...Sind unsere israelitischen Mitbürger und darüber hinaus alle Luxemburger, welche ein lebenswichtiges Interesse am radikalen Ersticken des Neo-Nazismus bekunden müßten, mit soviel unverzeihlicher Naivität beschlagen, daß sie es als glaubwürdig gelten lassen, daß die etwa 5 000 Mann zählende, mit Nazi-Insignien sich brüstende Trauergemeinde des zur Hölle hingefahrenen SS-Dietrichs harmlose Individualisten seien? Aufgepaßt! Das Wiedererstarren des Antisemitismus ist im Kommen (wahrhaftig eine traurige Tatsache); sein Zwillingsbruder, der Antikommunismus, läuft schon auf Hochtouren und der Dritte im Bunde, der Revanchismus, hat seine ihm untertane Masse schon längst mobilisiert. Wer Augen hat, der sehe, wer Ohren hat, der höre. Der Politik des Vogel Strauß muß die Politik der Vernunft folgen; denn die des Vogel Strauß ist freiwilliger Selbstmord, nur den Ewiggestrigen dienend, nur den Nazi-häschern eine bevorzugte Arbeit ersparend. Machen wir uns nichts vor - erklärtes Ziel des Nazismus war, ist und wird immer sein: die Vernichtung der Arie Gorals im einzelnen, der israelitischen Mitbürger im besonderen.

Jüdische Mitbürger Luxemburgs! Noch ist es Zeit, den eventuellen späteren Mördern ihre geheimsten Hoffnungen zunichte zu machen. Noch! Aber wie lange noch?

Laßt die eingeeengte Barriere der Isolierung fallen, ignoriert nicht jene, welche Euch die Hand reichen, auf daß ein gemeinsames Halt die Saat des Unglücks zertrümmert, ehe sie zur vollen Frucht herangewachsen ist. Werft die von verschiedenen Seiten geschürte Furcht ab und bekennt Euch offen

als Gegner des Nazismus, auch jenes Nazismus, der im Begriffe ist neu zu erstehen. Auch dann, wenn Handlanger am Werke sind, sei es diesseits oder jenseits, deren Namen man glaubt mit Ehrfurcht aussprechen zu müssen...

Eine weitere Mahnung findet sich im Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinden in der DDR vom Juni 1966. Hier heißt es auf Seite 1 u.a.:

"...Uns ist nicht unbekannt, daß in Westdeutschland ein offener Antisemitismus herrscht. Viele Beispiele bezeugen uns... Warum sagen wir das eigentlich hier? Sitzen doch in allen führenden Positionen Männer, versippt und verschworen untereinander, die ehemals im Machtapparat Hitlers waren, Leute, mit deren Hilfe es möglich war, dem deutschen Volk den Hitlerfaschismus aufzuzwingen, und keine Stelle findet sich, die das anklagt! Sie verfügen über Macht, Geld und Einfluß und sind heute genau so bedenkenlos, wie unter ihrem damaligen "Führer", mit dem Ziel, ein neues faschistisches und antisemitisches Regime zu errichten. Es gibt kein größeres Unheil für Deutschland, als Leute dieses Schlages in den führenden Positionen der Bundesrepublik zu belassen...

Wir wollen heute unsere Glaubensgenossen in der Bundesrepublik warnen und mahnen, daß sie nicht eines Tages wieder die Opfer dieser Leute werden. Sie selbst müssen mithelfen, Deutschland von diesen Leuten zu reinigen. Es kann anders keinen sicheren Frieden und keine friedliche Wiedervereinigung geben...

Wir haben und werden die Nazizeit nicht vergessen!"

# IG-Farben-Konzern erneut belastet

Nach über halbjähriger Dauer neigt sich der zweite Auschwitz-Prozeß in Frankfurt seinem Ende zu. Die dort angeklagten SS-Leute Burger, Erber und Neubert sind des vielfachen Mordes an KZ-Häftlingen überführt. Einen bedeutenden Anteil daran hat Rechtsanwalt Prof. Dr. Kaul, der, wie im ersten Prozeß, wiederum Nebenkläger aus der DDR vertritt.

Unter den von Prof. Kaul benannten Zeugen befand sich Minister Erich Markowitsch, ehemals Häftlingspfleger im KZ Auschwitz und direkter Untergebener des SS-Sanitäters Neubert. Er sagte aus, daß Neubert im Auftrage der IG Farben die Aussonderung von kranken und schwachen Häftlingen für die Gaskammer eigenverantwortlich geleitet hat. Auch der Rentner Eduard Bosch aus Ludwigslust konnte in allen Einzelheiten darlegen, wie Neubert auf eigene Faust Häftlinge aussonderte. Prof. Stefan Heymann aus der DDR erklärte: "Neubert ging bei Selektionen weitaus schärfer vor als der SS-Arzt Dr. Fischer. (Fischer, Vorgesetzter Neuberts, wurde in der DDR im März d.J. wegen seiner in Auschwitz begangenen Verbrechen zum Tode verurteilt und kürzlich hingerichtet.)

Die Zeugen Dr. Adam König aus Leipzig und Dipl.Ing. Rudi Lippmann aus Berlin bestätigten die von Neubert begangenen Verbrechen und belasteten auch den Angeklagten Erber schwer. Erber hatte Lippmanns Mutter gleich bei ihrer Ankunft in Auschwitz für den Gastod ausgesondert.

Ein Höhepunkt des Prozesses war die Verlesung eines von Prof. Kaul bestellten Gutachtens über die Tätigkeit des Angeklagten Burger im Amt D IV des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS. In dem von Prof. Dr. Walter Bartel vorgetragene und unter Mitarbeit von Dr. Klaus Dobisch erstellten Gutachten wird dazu u. a. festgestellt: "Der Leiter des Amtes D IV hatte eine ausschlaggebende und wichtige Funktion in der Leitung des KZ-Systems Hitlerdeutschlands."

Doch in diesem Prozeß kommt es nicht

allein darauf an, den drei Angeklagten ihre Mordtaten nachzuweisen, sondern auch darauf, die Atmosphäre zu erhellen, in der sie zu Massenmördern wurden. Durch Dokumente und Zeugen wies Prof. Kaul die enge Zusammenarbeit zwischen SS und IG Farben bei der Ausbeutung und nachfolgenden Vernichtung Zehntausender Häftlinge im IG Farben-eigenen KZ Monowitz nach. Einer der Organisatoren und direkt Beteiligten an dieser verbrecherischen Zusammenarbeit, der Bauleiter des Buna-Werkes, Dipl. Ing. Walter Faust, mußte auf Antrag von Prof. Kaul als Zeuge vor dem Gericht erscheinen. Faust, über dessen große Schuld es gar keine Zweifel gibt, kann völlig unbehelligt in der Bundesrepublik leben. Er genießt hier den gleichen Schutz wie viele andere Haupt- und Mitverantwortlich an dem Aufbau der nazistischen Vernichtungsmaschinerie, der sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen. Wann kommen Faust und viele andere, bisher unbehelligte Schreibtischmörder unter Anklage? Sollen sie alle durch den von der Bundesregierung beschlossenen und immer näher rückenden Verjährungstermin ungestraft davonkommen?

*Dimitroff sollte ermordet werden*

In dem in der DDR vorhandenen Aktenbestand "Reichssicherheitshauptamt" wurden bisher nicht bekannte Dokumente gesichtet, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Nazi-Führung beabsichtigte, den Antifaschisten Georgi Dimitroff, der 1934 im Leipziger "Reichstagsbrandprozeß" freigesprochen werden mußte, in ein KZ zu verschleppen und dort ermorden zu lassen. Die DDR hat Kopien der jetzt aufgefundenen Dokumente dem Botschafter der Bulgarischen Volksrepublik in Berlin übergeben. -

Wie erinnerlich ist, wurden damals die Machthaber des "Dritten Reiches" durch eine sehr starke internationale Protestbewegung (Londoner Gegenprozeß) genötigt, den späteren Ministerpräsidenten Bulgariens ungeschoren aus Deutschland ausreisen zu lassen.

# Ein bedeutendes Bildungswerk

Wie völlig ungenügend jungen Menschen in der Schule, Hochschule und anderswo "Geschichte" vermittelt wird, erfährt jeder Erwachsene, der sich später fundierte Kenntnisse der Geschichte erarbeitet. Schon die Geschichte im allgemeinen wird doch dem Volke nach dem Willen und der Auslegung der herrschenden, besitzenden Schicht vermittelt. Was ist nun aber erst in Bezug auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von dieser Seite her zu erwarten?

Diese Geschichte kann und wird nicht von diesen Kreisen geschrieben. Wo es dennoch demagogischerweise versucht wird, wird es ganz gewiß der großen Bedeutung des wertvollsten Teiles des deutschen Volkes nicht im entferntesten gerecht. Sind doch die Arbeiter der Teil des Volkes, der einmal die Mehrheit im Staate bildet und zum anderen die Produktivkräfte verkörpert, der alle Werte schafft - auch den Reichtum der Reichen. Wie sollten denn z.B. die herrschenden Kreise der Millionäre und Milliardäre, die - zumindest - eifrigste Förderer des Faschismus waren, den heroischen Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus, einen ungemein bedeutsamen Teil der modernen Geschichte, darstellen und lehren können?

Wohl zur rechten Zeit erschien deshalb jetzt im Dietz Verlag, Berlin, ein bedeutendes Bildungswerk, das jeder Antifaschist begrüßen sollte. Damit wird der Erkenntnis, daß 'die Geschichte die beste Lehrmeisterin des Volkes ist', Rechnung getragen. Acht Bände umfaßt die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED erarbeitet wurde. Wie der Tag von der Nacht unterscheidet sich dieses Werk von so manchen 'Märchenbüchern', mit denen uns Älteren ein - je heroischer umsomehr verfälschtes - Geschichtsbild eingepreßt werden sollte. Die Tatsache, daß viele Deutsche sich noch immer den eindringlichen Lehren ihrer Geschichte versperren, unterstreicht nur den Wert dieser

Neuerscheinung nicht nur für die DDR, sondern für das ganze Deutschland und darüber hinaus.

Hierin wird die marxistische Auffassung von der Einheit von Theorie und Praxis vertreten, um die Erfahrungen einer 120jährigen Entwicklung für die Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Das entspricht der Lehre der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, die ja zugleich auch die ersten Historiker der Arbeiterbewegung waren. Sie und ihre Nachfolger (Liebknecht, Bebel, Luxemburg, Mehring) ließen sich davon leiten, daß die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik die exakte Analyse des zurückgelegten Weges erfordert. Darin unterscheiden sie sich wesentlich von den utopischen Sozialisten, die, weil sie eben nicht die Erfahrungen der Geschichte in Rechnung setzten, die Verwirklichung ihres Zukunftsstaates von den Herrschenden erwarteten. Das hier in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist deshalb notwendig, weil ja auch heute noch der Gedanke vom 'Hineinwachsen' in einen sozialistischen Zukunftsstaat in westdeutschen Gefilden bewußt und eifrig gepflegt wird.

Dem Autorenkollektiv des Werkes gehört der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, an, der mit seiner 1962 erschienenen Publikation "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" den Grundstock für das jetzige Werk legte. Das ergibt sich auch aus seiner Gliederung in 15 Kapitel, die aus dem "Grundriß" übernommen wurde und die sich über die jeweils 600 bis 700 Seiten starken Bände wie folgt verteilen:

Band I: von den Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts; Band II: bis 1917; Band III: bis 1923; Band IV: 1924 bis Januar 1933; Band V: bis Mai 1945; Band VI: bis 1949; Band VII: bis 1955; Band VIII: bis Anfang 1963.

Die Darstellung ordnet den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Ziele in die

nationale Geschichte des deutschen Volkes ein. Die Verfasser vertreten die Auffassung, daß seit den Revolutionsjahren 1848/49 die Geschichte der proletarischen Bewegung wichtigster Bestandteil der deutschen Gesamtgeschichte sei. Im Mittelpunkt der Geschichte der Arbeiterbewegung wiederum sehen sie das Ringen um Einheit und Geschlossenheit. Erfolge wurden dort erzielt, wo einheitlich gehandelt wurde. Niederlagen mußten hingenommen werden, wo dies nicht gegeben war.

Erfolgreich konnte die ungeheure Belastungsprobe durch die Unterdrückungsmaßnahmen des Bismarckschen Sozialistengesetzes (1878 bis 1890) durchgestanden werden, weil 1875 mit der Vereinigung der Eisenacher und der Gothaer die organisatorische Zersplitterung überwunden und die von Lasalle vertretenen Vorstellungen des über den Klassen schwebenden Staates zurückgewiesen wurden. Die spontane, unter dem Eindruck des offenen konterrevolutionären Putsches entstandene Einheit vom März 1920 befähigte KPD, USPD und SPD im Bundes mit den Gewerkschaften, die Republik gegen den Anschlag von Kapp und Lüttwitz und ihrer Freikorps zu verteidigen.

Daß diese Einheit nicht erhalten blieb und auch in den letzten qualvollen Jahren der Weimarer Republik nicht wieder erreicht wurde, gehört zu den tragischsten Kapiteln der deutschen Geschichte, das aber auch mit aller Deutlichkeit erkennen läßt, in welchem entscheidenden Maße das Schicksal der Nation von der Arbeiterschaft abhing.

Die Kapitulation der nichtsozialistischen Parteien vor Hitler bei der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 hat das noch einmal unterstrichen. Die sozialen Gruppen, als deren Kriterien man im 19. Jahrhundert "Besitz und Bildung" herausgestellt hatte, hatten entweder mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht oder ihrem Aufstieg hypnotisiert und willenlos zugesehen.

Die Autoren verfolgen sowohl die Auseinandersetzungen der revolutionären Partei mit den Herrschenden in Staat und Wirtschaft und ihrer Ideologie, wie auch die Konflikte mit den nichtrevolutionären und nichtsozialisti-

schen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft. Betont wird mit Recht, daß die eigene geschichtliche Erfahrung schließlich die Arbeiterklasse befähigt habe unter Führung einer einheitlichen Partei und im Bündnis mit den übrigen Werktätigen in einem Teil Deutschlands die Macht zu erobern und den Sozialismus aufzubauen. -

Jeder Band enthält neben zahlreichen Illustrationen einen Dokumentenanhang, ein geographisches und ein Personenregister. Die wiedergegebenen Dokumente umfassen die sozialistischer und nichtsozialistischer Arbeiterparteien sowie des politischen Gegners. Herangezogen wurden hier wie für die Darstellung neben den Parteiarchiven auch die staatlichen Archive.

Die acht Bände beinhalten ein hervorragendes Werk der marxistischen Geschichtswissenschaft, mit dem die Historiker der DDR in die Auseinandersetzung über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Volkes eingreifen. Sie erschienen gerade in einem Zeitpunkt, da das Gespräch zwischen Angehörigen des werktätigen Volkes in beiden Teilen Deutschlands begonnen hat, ein Gespräch, das nicht ohne Beherzigung der bitteren Lehren unserer Geschichte geführt werden kann.

---

*Bisher wurde noch  
keiner belangt*

Kürzlich wurde gemeldet, das gegen den ehemaligen Kammergerichtsrat Rehse aus Schleswig eine gerichtliche Voruntersuchung wegen 44fachen Mordes geführt werde. Rehse hat von November 1941 bis Kriegsende an 231 Todesurteilen des "Volksgerichtshofes" unter Freisler mitgewirkt, ist also für die Ermordung zahlreicher Widerstandskämpfer verantwortlich. Bisher wurde noch keiner der weit über hundert Richter und Ankläger des "Volksgerichtshofes" strafrechtlich belangt, obwohl das von breiten demokratischen Kreisen und auch von unserer Organisation seit mehreren Jahren gefordert wird.

# Es ist möglich und nützlich

- Gesamtdeutsches Gespräch zwischen Widerstandskämpfern -

Anlässlich einer Tagung des Präsidiums der VVN trafen sich am 11. und 12. Juni in Frankfurt am Main Widerstandskämpfer und Verfolgte aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Die Delegation des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR bestand aus den Sekretären Minister a. D. Kurt Seibt und Bruno Fuhrmann, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin, Heinz Schenk, dem Direktor der Deutschen Staatsbibliothek, Ludwig Einicke, dem Vizepräsidenten der Volkssolidarität, Willi Perk, dem Wirtschaftswissenschaftler Willi Kling und dem Redakteur Ernst Melis.

"Der Beitrag der deutschen Widerstandsbewegung zur gesamtdeutschen Verständigung" war der einzige Tagesordnungspunkt der Konferenz. Nach einem einführenden Vortrag von Dr. J. C. Rossaint, Präsident der VVN, wurden im offenen Gespräch Wege des Zueinander und Miteinander erörtert. In einer gemeinsam beschlossenen Erklärung heißt es u. a.: "Wir sind entschlossen, in gemeinsamen Anstrengungen die Mauer des Kalten Krieges abzubauen, um damit den Weg für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern freizumachen." Diesem Zweck sollen gemeinsame Veranstaltungen in der Bundesrepublik und in der DDR dienen, außerdem Studiendelegationen über Probleme der Erforschung und Auswertung des Widerstandskampfes sowie der spezifischen Probleme der Opfer des Krieges und des Nazismus.

In Verwirklichung dieses Beschlusses fanden inzwischen einige Veranstaltungen gesamtdeutschen Charakters statt. So in Frankfurt eine Versammlung der VVN Hessen unter dem Motto: "Auf ewig geteilt? - Widerstandskämpfer aus Ost und West zur deutschen Frage". Hier sprachen Greta Kuckhoff und Willi Kling aus der DDR und Dr. Rossaint und Pfarrer Redhardt aus der Bundesrepublik. Etwa 200 Personen nahmen an der sich anschließenden Diskussion regen Anteil und sprachen den Wunsch

aus, Veranstaltungen dieser Art im Herbst in allen Teilen der Bundesrepublik durchzuführen.

Auf einer analogen Veranstaltung am 11. Juli in Kassel sprachen Ludwig Einicke und Ernst Melis aus der DDR und Willi Belz aus Kassel. Auch in Hannover wurde bereits eine Versammlung dieser Art durchgeführt.

## *Sachsenhausener Klage gegen die Firma Heinkel*

Ein ehemaliger Sachsenhausen-Häftling aus der Bundesrepublik, der seinerzeit im Oranienburger Werk der Firma Heinkel Zwangsarbeit leisten mußte, hat die Firma, die heute ihren Hauptsitz in Stuttgart-Zuffenhausen hat, auf Zahlung einer Vergütung für die damals geleistete Zwangsarbeit und eines Schmerzensgeldes in Gesamthöhe von DM 10 000.- verklagt. Das Gericht hat diesen Anspruch als zu Recht bestehend anerkannt. Die Firma Heinkel jedoch will dieses Verfahren bis vor den Bundesgerichtshof bringen. - Voraussetzung für die gerichtliche Anerkennung jedoch war, daß der Häftling von der SS an die Firma Heinkel vermietet worden war und während der Arbeitszeit der Gewalt und der Bewachung der Firma unterstand. - Daraus ergibt, daß dieses Urteil also nicht auf jeden beliebigen Fall von Zwangsarbeit angewandt werden kann.

Ehemalige Sachsenhausener, die unter gleichen Bedingungen im Außenkommando Heinkel gearbeitet haben, können sich jedoch der noch nicht abgeschlossenen Klage anschließen und gleichfalls ihre Ansprüche geltend machen. Kameraden, die das zu tun beabsichtigen, können sich zwecks Prüfung ihres Falles an den Prozeßbevollmächtigten des jetzigen Klägers gegen die Firma Heinkel wenden. Zuschriften sind zu richten an:

Rechtsanwalt Dr. Jaeger  
7 Stuttgart - W.  
Reinsburger Straße 207

# Ein neuer Mammut-Konzern

Über Entstehung, Umfang und Gefährlichkeit des Springerschen Presse-Konzerns ist genügend bekannt geworden, als daß es hier wiederholt werden müßte. Neben Springers Meinungsfabrik ist jetzt, sozusagen in aller Stille, ein zweiter Mammut-Konzern herangewachsen, dessen Existenz kaum weniger verhängnisvoll ist.

Dieser Wirtschaftsgigant nennt sich noch heute ganz schlicht: Bertelsmann Verlag. Es fing so harmlos mit einem Lesering an. Heute verfügt der Bertelsmann Verlag über 50 eigene, ehemals selbständige Firmen der Buchbranche, in denen mehr als 8 000 Personen beschäftigt sind und bringt täglich mehr als 100 000 Bücher unter das Volk. Das ist nicht nur der sichere Tod vieler Verlage und Buchhändler, sondern Bertelsmann steuert damit auch den Literatur-Konsum von mehreren Millionen Lesern in Westdeutschland und Westberlin.

Doch dieses Buch-Imperium genügte dem 44jährigen Verlagschef Siegbert Mohn und seinem Chefmanager, dem 40jährigen Dr. Manfred Kölnlechner noch nicht. Sie dehnten ihr Unternehmen auf den Schallplatten-, Sprachkurse-, Fernseh- und Film-Markt aus. Mit der Übernahme des unter Hitler den Filmmarkt beherrschenden UFA-Konzerns, der nach seinem Nachkriegsstart in wenigen Jahren wieder zu Boden ging, gelang ihnen ein einzigartiger Geschäftscoup. Denn mit den respektablen Restbeständen der einstigen UFA übernahmen sie zugleich die außerordentlichen Steuervorteile, die dem in Schwierigkeiten geratenen Konzern von der Bundesregierung eingeräumt wurden. Natürlich auch hier auf Kosten der schwer um ihre Existenz ringenden kleineren Firmen der Filmbranche.

Der Bertelsmann-Konzern hat damit heute in der Hand: Die Buch-, Phono- und Sprachringe mit den dazugehörigen Produktions- und Versandfirmen, Fernsehateliers, Fernsehproduktionen, die Universums-Film GmbH mit ihren Musikverlagen, eine Werbefilmgesellschaft, die 33 UFA- und 18 Merkur-Filmtheater, die UFA-Ateliers mit

Kopieranstalt, den Pallas-Verleih, die Constantin-Filmgesellschaft und den Nora-Filmverleih.

Ähnlich wie auf dem Buchmarkt hat der Bertelsmann-Konzern auch diesmal mit dem Verleih begonnen und zieht die Produktion erst nach. Zwar heißt es offiziell in Gütersloh, dem Hauptsitz des Unternehmens, der Bertelsmann Verlag wolle die Gesellschaften weder in ihrer Selbständigkeit noch in ihrer Zielsetzung beeinflussen. Damit soll die Öffentlichkeit beruhigt werden. Da das Unternehmen in der kommenden Saison 90 Filme den westdeutschen Kinobesuchern anbieten will, darunter allein 50 aus der westdeutschen Produktion, ist die Einflußnahme des Konzerns auf die einzelnen Gesellschaften eine absolute Notwendigkeit. Der "Evangelische Film Beobachter" stellt dazu u.a. fest: "Allerdings kann die Machtkonzentration den kleineren und kleinen Produktionsfirmen und Verleihern nunmehr das Leben noch schwerer machen als schon bisher. Eine Verschärfung der Konkurrenz ist fast unabwendbar."

Und der Publizist André Müller schreibt dazu:

"Das stimmt mit Sicherheit. Die kleineren Produktionsfirmen müssen ihre Filme an einen Verleih loswerden, und je weniger Verleihgesellschaften es gibt, um so mehr müssen sie sich die Bedingungen diktieren lassen, Wünsche befolgen, Auflagen hinnehmen, Kredite in Anspruch nehmen und Verpflichtungen eingehen. Die Folge wird sein, daß der Bertelsmann-Konzern mehr und mehr auch die kleinen Produktionsfirmen aufsaugen wird, nach der bisherigen Praxis nicht, ehe sie durch den verschärften Konkurrenzkampf an den Rand des Ruins gebracht worden sind, was beim Aufkauf wieder die berühmten Steuervorteile ergeben kann..."

Die westdeutsche Filmbranche hat jedenfalls ein neues Riesenmonopol. Ein Großkonzern wird künftig im wesentlichen entscheiden, was für Filme gedreht und welche Filme gezeigt werden; und für drei Millionen Buch- und Phonoring-Mitglieder auch: was

# RECHTSBLINDHEIT

Während die "NATIONAL-ZEITUNG" und ähnliche Organe, die laufend den durch die Verfassung gesetzten Rahmen der demokratischen Meinungsfreiheit verletzen, an fast allen Westberliner Kiosken prangen können, versucht man das Erscheinen der in Westberlin verlegten Zeitung "DIE WAHRHEIT" seit langem zu behindern.

Generell verweigert man schon seit Jahren der "WAHRHEIT", dem Organ der SED Westberlin, die Aufnahme in den öffentlichen Zeitungsvertrieb, sodaß man hier zwar Organe aus allen fünf Erdteilen, daneben obskure "Heimatblätter" und (selbstverständlich) die gesamte Sex-, Kitsch-, Illusions- und Volksverwirrungsproduktion der Meinungsfabriken am Zeitungsstand erwerben kann, nicht aber die gesetz- und rechtmäßig erscheinende und in Westberlin verlegte Zeitung "DIE WAHRHEIT".

Stimmt dieser Zustand schon bedenklich, so tut es erst recht die Tatsache, daß dem Verlag der "WAHRHEIT" im März d.J. plötzlich die ordnungsgemäß gemieteten Betriebsräume gekündigt wurden. Als daraufhin jetzt die Druckerei auf eine benachbarte,

▷ sie lesen und hören. Nun braucht lediglich noch eine Ehe zwischen dem Zeitungskonzern Axel Springer und Bertelsmann geschlossen zu werden, und das größte deutsche Meinungsmopol, das es je gegeben hat, ist perfekt.

Daran mag im Moment niemand denken, weil niemand gerne daran zu denken wagt. Dem gigantischen Pressekonzern Axel Springer, dessen BILD-Zeitung so berüchtigt ist wie die verordnete antikommunistische Propaganda in allen angeschlossenen Blättern, ist jedenfalls ein ebenso mächtiger Film- und Buch-Konzern an die Seite getreten.

Wie heißt es so schön in Artikel 5 des Grundgesetzes? "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten..." Wie frei, das bestimmen allmählich die Konzerne,"

im Eigentum des Verlages befindliches Grundstück verlegt wurde, suchte man einen anderen Weg, um auch dieses berechtigte Vorhaben zunichte zu machen, denn es handelt sich um ein Grundstück, das seit mehreren Jahren für Druckereizwecke genutzt wurde und auf dem sich auch die dafür erforderlichen Fundamente befinden.

Am 1. Juli d.J. erhielt nun der Verlag eine Verfügung der Baubehörde des Bezirksamtes Wedding von Berlin, in der ihm unter Anführung eines formalen Vorwandes die Einrichtung des Druckereibetriebes untersagt wird. Der Verlag hat durch seinen Anwalt, Prof. Dr. Kaul, Widerspruch gegen diesen Verwaltungsakt erhoben und wird ggfls. eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen. Prof. Dr. Kaul weist in dem Widerspruch auf die Rechtswidrigkeit dieser Verfügung hin und erklärt dazu u.a.:

"...Tatsächlich handelt es sich um einen eindeutigen verwaltungsfremden, nämlich parteipolitischen Zwecken dienenden Eingriff in die verfassungsrechtlich gesicherte Gewerbefreiheit..."

Warum das alles? - Ein halbes Jahr vor den in Westberlin fälligen Wahlen zum Abgeordnetenhaus will man die Stimme der "WAHRHEIT", der in letzter Zeit zunehmendes Gehör und Vertrauen von der Westberliner Bevölkerung zuteil wird, zum Verstummen bringen.

Hat man je davon gehört, daß etwa der "NATIONAL-ZEITUNG", bei der es zu Recht angebracht wäre, auch nur ähnliche Schwierigkeiten bereitet werden. Hier offenbart sich ein Widerspruch und eine "Rechtsblindheit", die weder mit den verfassungsmäßigen Grundrechten noch mit der Berufung auf die demokratische Pressefreiheit in Einklang zu bringen sind.

Das ganze erinnert fatal an ähnliche Manipulationen vor über 30 Jahren, die in der letzten Zeit der Weimarer Republik an der Tagesordnung waren und die - weil sie sich durchsetzen konnten, mit dazu beitrugen, daß der Demokratie und unser aller Freiheit der Todesstoß versetzt wurde.

# Ein unerhörten Skandal

Die behördlich gestattete und polizeilich geschützte Aufführung des Films "Africa Addio" in einem großen Westberliner Filmtheater ist ein unerhörter Skandal, für unsere Stadt in gleicher Weise beschämend wie die bisher nicht aufgekärten neofaschistischen und antisemitischen Ausschreitungen.

Verstößt doch die öffentliche Aufführung dieses rassenhetzerischen, auf einer durch und durch faschistischen Grundhaltung basierenden und zudem brutalen Machwerks des berüchtigten Regisseurs Jacopetti nicht nur gegen die Gebote der Verfassung, (Rassen-, Völker- und Kriegshetze sind unter Strafe zu stellen), sondern eindeutig auch gegen die Strafgesetze.

Hat sich doch der Regisseur Jacopetti bei der Herstellung des Films der Anstiftung und Beihilfe zum Mord schuldig gemacht, indem er zur Tötung junger Kongolesen aufforderte um eine entsprechend "wirkungsvolle" Szene seines Films drehen zu können.

Diese allgemein bekanntgewordenen Tatsachen dürften also auch den Verantwortlichen der FSK, der "freiwilligen" Kontrollinstitution für Filme in der Bundesrepublik nicht entgangen sein, was sie jedoch nicht daran hinderte, diesen Film nicht nur zur Aufführung freizugeben sondern noch mit einem Prädikat auszuzeichnen, wodurch er zudem steuerbegünstigt wird. Was sind das für Menschen in dieser Kontrollstelle, die sich so instinktilos über die Gebote der Menschlichkeit hinwegsetzen?

Völlig zu Recht und zu tragen von politischer Verantwortung protestierten deshalb zahlreiche Mitglieder von Westberliner Studenten- und Jugendorganisationen gegen die Aufführung dieses Schandfilms. Doch ganz typisch und bezeichnend ist es, daß sich "seriöse" und ansonsten so demokratisch gebärdende Presseorgane bemüßigt fühlten, die aus Verantwortung und humanistischer Überzeugung Demonstrierenden als "Radaubröder" u. ä. zu diffamieren.

Und der von senatswegen Verantwortliche, der diesen Skandal hätte verhin-

dern oder zumindest im Keim ersticken lassen können, der Senator für Sicherheit, Albertz, von Haus aus ein Theologe, rührte keinen Finger und ließ jede Konsequenz in Bezug auf die von ihm beschworene Verfassung vermissen. - Hat unsere Verfassung nur noch Papierwert?

In der Erkenntnis, daß kolonialistisches Denken, Rassismus und Faschismus noch längst nicht überwunden und auch nicht an irgendwelche Grenzen gebunden sind, wofür Jasopettis Machwerk ein optisches Beispiel gibt, fühlen wir uns verpflichtet, vor diesen Gefahren zu warnen. Wir schließen uns dem Protest der Westberliner Studenten und Jugendlichen an und fordern ein generelles Aufführungsverbot für diesen brutalen, in seinem Wesen faschistischen Film.

## Gestapo und Notstand

Im schleswig-holsteinischen Landtag kam es zu einer Debatte über die politische Vergangenheit von Polizeibeamten. Dabei trat zutage, daß etwa 50 Prozent der Oberbeamten im Alter von 50 bis 60 Jahren bei laufenden Kriegsverbrecherverfahren als Tatverdächtige, Beteiligte oder Zeugen benannt sind. Die Hälfte der Oberbeamten im Kriminaldienst wurde aus der Gestapo übernommen. Der SPD-Abgeordnete Strack fragte in diesem Zusammenhang den Justizminister Dr. Schlegelberger (Sohn des Staatssekretärs im Nazi-Justizministerium): "Stimmt es, daß es einen Oberbeamten gibt der des Mordes verdächtig ist und zugibt, an der 'Grube' gestanden zu haben, der also beteiligt war an Judenerschießungen, die ohne Gerichtsurteil erfolgten?" Dieser Oberbeamte, so ergänzte der SPD-Landesvorsitzende Steffen, wurde im Landeskriminalamt für Aufgaben freigestellt, die zu lösen sind, wenn die Notstandsgesetze da sind. (!) Hierauf blieb Schlegelberger die Antwort schuldig. Die "Frankfurter Rundschau" berichtete in diesem Zusammenhang: "Eine Antwort

auf die Frage, warum man denn schon im Januar 1957 mit sieben Spätestheimkehrern ausgerechnet auch den Adjutanten von Himmler in eine hohe Polizeiposition einrücken ließ, gab Schlegelberger nicht. Überhaupt wurde es in der ganzen Sitzung vermieden, auch nur einen Namen eines hohen Polizeibeamten zu nennen oder konkrete Zusagen zu machen", daß die belasteten Polizeibeamten aus ihren Positionen entfernt würden.

Diesem Beispiel aus dem Bundeslande Schleswig-Holstein kann man also entnehmen, daß man sich zumindest dort nicht im geringsten geniert, schwerbelastete Gestapo- und SS-Leute für künftige Notstandsaufgaben einzusetzen. Wie der "Schutz der Bevölkerung" dann beschaffen sein würde, kann sich jeder ausmalen, der je mit der Gestapo oder der SS zu tun hatte. - Ein außerordentlich überzeugender Grund mehr, den Notstandsplänen der Bonner Regierung energischen Widerstand entgegenzusetzen.

### *Sie können noch immer mitmischen*

In einem Ende Juni in der Freien Universität gehaltenen Vortrag führte der amerikanische Regisseur Walter Wicclair zahlreiche Beweise dafür an, in welchem Maße das heutige Kulturleben Westberlins, hauptsächlich auf dem Gebiet des Theaters, von ehemals eifrigen Dienern der nazistischen Kulturpolitik beeinflusst und gesteuert werden kann. Beschämenderweise bekundete ein Teil der Zuhörer jenen Sympathien, die sich heute als demokratische Musterknaben gebärden, obwohl es hunderte von schriftlichen Zeugnissen darüber gibt, wie sie ehemals in höchst gewissenloser Weise um die Gunst der Nazis buhlten, so manchen Kollegen fallen ließen, Pfründen nachjagten und sich als kulturelle Stützen des Verbrechensstaates bewährten. Diese Sympathiebekundungen junger Menschen für die Knudsen, Körner, Raack, Frenzel u. Co., gegen die sich der Maler Arie Goral verwahrte, zeigen, welchen Einfluß dieser Klüngel noch heute auf junge Kulturschaffende und unser Kulturleben hat.

Dagegen aber, daß man sie hier noch immer gewähren läßt, macht sich in letzter Zeit zunehmender Widerstand bemerkbar. Dementsprechend soll auch dem ersten Vortrag Wicclairs ein zweiter an gleicher Stelle folgen.

Den jungen Kulturschaffenden und allen, die an diesem Problem Interesse haben, kann nur empfohlen werden, die neueste Publikation des Historikers Joseph W u l f "Theater und Film im Dritten Reich" zu studieren, um sich selbst ein Urteil hierzu bilden zu können. Diese aufschlußreiche Schrift erschien im Juli 1966 als "ro ro ro-Taschenbuch" zum Preise von DM 4.80, Umfang 490 Seiten.

### *Das Märchen vom Wohlstand*

Nüchterne Zahlen, die Mitte Juli vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger veröffentlicht wurden, widerlegen dieses Märchen. Nach der umfassenden Statistik dieses Verbandes beträgt die durchschnittliche Arbeiterrente z.Z. DM 231.50, die durchschnittliche Angestelltenrente DM 392.90. Innerhalb des letzten Jahres erhöhten sich die Renten durchschnittlich bei den Arbeitern um DM 16.50, bei den Angestellten um DM 32.40. Arbeiter-Witwen erhalten im Durchschnitt DM 181.10, Angestellten-Witwen DM 261.70. - Stellt man diesen Durchschnittsrenten die durchschnittlichen heutigen Lebenshaltungskosten gegenüber, die vor allem bei Grundnahrungsmitteln und Mieten eine schwindelnde Höhe erreicht haben, dann wird offenbar, daß viele alte Menschen, die ein schweres Arbeitsleben und die schweren Jahre zweier Weltkriege und deren Folgen hinter sich gebracht haben, heute in Dürftigkeit und oft bitterer Not leben. Besonders betroffen sind Alleinstehende und alte Ehepaare ohne Kinder und nahe Verwandte. Diese nüchternen Zahlen zeigen die nackte Wirklichkeit, die man durch eine üppige Wohlstandspropaganda zu überdecken sucht. Leider ist es nun einmal so, daß der chromglänzende Straßenkreuzer eines gewieften Managers mehr ins Auge fällt als die Not der im Hinterhof vegetierenden Arbeiterwitwe.

# Der „ehrenwerte“ Karmasin

Dieser Artikel, geschrieben von Thilo von Uslar, wurde am 24. Juni in der Wochenzeitung "Die Zeit" veröffentlicht. Er gibt einen aufschlußreichen Einblick in eines der Zentren des westdeutschen Revanchismus und beleuchtet speziell die verhängnisvolle Rolle des SPD-Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des "Bundes der Vertriebenen" Wenzel Jaksch. Die hier sichtbar gemachten Zusammenhänge und die in Wort und Schrift dargelegte Zielsetzung dieser Kreise, die sich der nachhaltigen Förderung durch die Bundesregierung erfreuen, lassen die große Gefahr erkennen, die davon ausgeht. Solange diese Revanchisten weiterhin auf westdeutschem Boden wirken können, solange ist der Frieden in Europa bedroht und auch der Weg für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands versperrt.

Oktober 1962. In der oberbayrischen Sommerfrische Brannenburg, am Fuße des Wendelsteins, tritt die Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde zusammen, die sudetendeutschen Sozialdemokraten, mit den Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch und Ernst Paul an der Spitze. Alte Freunde treffen sich wieder nach Jahren der Emigration, übriggebliebene Antifaschisten aus der "Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik", der einzigen Partei, die sich im März 1938 nicht eingliedern ließ in Henleins "Sudetendeutsche Partei", Männer, die sich damals geschworen hatten, "als letztes deutsches Fähnlein der Demokratie auszuhalten, ...um für die Zukunft unseres Volke gegenüber die Legitimation zu haben, daß es Männer gegeben hat, die gegen den Wahnsinn der Hitlerei unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben."

Unter den Gästen ist Rudolf Zischka, früher Abgeordneter für Nordmähren im Prager Parlament. Zischka, der erst vor kurzem aus 24jährigem Exil zurückkehrte, ist zum erstenmal wieder im Kreis der alten Gesinnungsfreunde. Erinnerungen werden ausgetauscht, Mitteilungen über Verstorbene, Ermordete. Von Tischnachbarn erfährt Zischka, daß Ludwig Czech, Nachfolger Seligers als 1. Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, im KZ Theresienstadt verhungert ist, daß Emil

Strauß, Chefredakteur des Prager "Sozialdemokrat", Jude wie Czech, in die Hände der Gestapo geraten war und im KZ - wahrscheinlich Buchenwald - umkam.

Unterdessen begrüßt auf dem Podium Ernst Paul die Ehrengäste. Dabei fällt ein Name, der Zischka aufhorchen läßt: Franz Karmasin. Er erkundigt sich, ob das ein Verwandter von "unserem Karmasin" ist, dem Henlein-Stellvertreter, Führer der "Karpathendeutschen Partei", dem "Staatssekretär für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe beim Präsidium der Slowakischen Autonomen Regierung", dem SA-Ehrengruppenführer und Volksgruppenleiter, der die NS-Amtswalter in der Slowakei "bei Gott und meiner Ehre" den Eid auf sich und den Führer schwören ließ. Zischka erfährt, daß jener Ehrengast kein Verwandter von "unserem Karmasin" ist, sondern "unser Karmasin" selber. Der Emigrant Zischka hat damals die Versammlung von Brannenburg fluchtartig verlassen, ohne sich von Jaksch und Paul zu verabschieden, mit denen er im August 1920 auf der Parteischule in Leitmeritz gemeinsam die Bank gedrückt hatte.

Franz Karmasin widmet der "Große Brockhaus" sieben Zeilen. Danach "wirkte" er von 1926 bis 1935 im Deutschen Kulturverband in der Slowakei. Als Führer der Karpathendeutschen Partei war er seit 1935 Abgeordneter im Prager Parlament. 1938 wurde er Staats-

sekretär für die deutsche Volksgruppe in der Slowakei". Mit dieser Biographie aber ist nicht jeder Brockhaus-Leser zufrieden. Die Pressestelle des Landgerichts I in München teilt auf Anfrage mit, daß sich die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen gegen Karmasin befaßt.

Laut Anklagebehörde hat Karmasin mit Göring und Eichmann über die "Unschädlichmachung der Juden" verhandelt, über die "Endlösung" im Gebiet der Slowakei, zusammen mit zwei slowakischen Ministern. Ob dieser Tatbestand zur Anklageerhebung ausreichen wird, ist noch nicht bekannt.

Dennoch kann man davon ausgehen, daß Karmasin vor den prominenten Judenverfolgern aus dem Reich Klagen vorbrachte, die er anderswo öffentlich verbreitete. Im Dezember 1939 sagte er in einer Rede in Kremnitz: "Unser Dörfer müssen gereinigt werden von den Kreaturen, die in erster Linie die Träger deutschfeindlicher Propaganda und der Hetze gegen alles Deutsche sind. Ich spreche von den Juden. Wir dürfen nicht warten, bis die Judenfrage vom Staat gelöst wird, sondern wir müssen sie bei uns selber lösen." Daß Karmasin bereit war, sich nicht mit Theorien aufzuhalten, verriet er spätestens im Dezember 1942: "Wer sich außerhalb unserer Volksgemeinschaft in diesen Zeiten stellen will, muß im Interesse der Gemeinschaft seiner Strafe zugeführt werden... Wir werden auch vor dem völkischen Todesurteil nicht zurückschrecken!"

#### Ein "wüster Antisemit"

Schon im März 1942 war Eichmann in Preßburg erschienen und hatte befohlen, das dortige Auswandererdezernat der jüdischen Zentrale, das sogenannte "Palästina-Amt", zu schließen. Ende März begannen dann die Deportationen von 60 000 slowakischen Juden. Im Eichmann-Prozeß sagte der Zeuge Dr. Ernest Abeles im Mai 1961 aus, Karmasin sei ein "wüster Antisemit" gewesen. Als Verantwortlicher für die "Arisierung" der Wirtschaft in der Slowakei habe er den Volksdeutschen "manchen fetten Brocken" zukommen lassen. Karmasin habe den Referenten Eichmanns in Preßburg, Wisliceny, gedrängt, die Judendeporta-

tionen zu beschleunigen. - In der alliierten Dokumentensammlung "Serial 40 Office of RM, Persons, Foreigners" findet sich unter der Ziffer 28 052 folgender Passus: "Aufzeichnung Likus über Unterredung mit Karmasin, Wien, 18. 11. 1939, zur Berichterstattung direkt an Außenministerium: Als besondere Beschwerde führte Karmasin die Nichtdurchführung der angekündigten Judengesetze an. Es sei deshalb angebracht, von maßgebender deutscher Seite in geeigneter Form auf Regierung in positivem Sinne einzuwirken, weil sonst leicht neue Mißstimmung gegen das Reich aufkommen könnte."

Ob die Münchener Staatsanwaltschaft mehr über Karmasin weiß, ist noch offen. Karmasin selber fühlt sich nicht betroffen. Dem "Spiegel" erklärte er: "Was wollen Sie, ich war nicht einmal in der NSDAP." Das stimmt - denn in der NSDAP konnte Karmasin genausowenig gewesen sein, wie die anderen führenden sudetendeutschen Nazis. Doch in der NSDAP-Zeitschrift "Nation und Staat" vom Nov. 1942 heißt es: "Die Deutsche Partei unter der Führung von Franz Karmasin ist die politisch maßgebende und verantwortliche Institution des Deutschtums in der Slowakei. Die Deutsche Partei verkörpert in ihrem Wesen, ihrer Grundeinstellung und ihrem Wirken die nationalsozialistische deutsche Weltanschauung." Diese Verpflichtung muß Karmasin gespürt haben, als er noch im März 1945 ein Häuflein Getreuer um sich sammelte, um ihnen eine Rede zu halten: "Wir sind auf dem urdeutschen Boden angetreten, um das Bekenntnis unserer Treue und Einsatzbereitschaft abzulegen. In dieser Überzeugung schwören wir unserem Führer die Treue."

Nach 1945 freilich konnte Karmasin mit diesem Treueschwur nichts anfangen. Unter dem Namen Paul Dibak verbarg er sich bis 1952 in Österreich, dann in Bayern. Als sich die alten Nationalsozialisten aus dem "Sudetenland" wieder im Bayrischen versammelten und einen Bund gegründet hatten, dessen Mitglieder zielstrebig daran gingen, die Schlüsselpositionen der

Sudetendeutschen Landsmannschaften zu besetzen, fand auch Franz Karmasin wieder einen Posten und einen politischen dazu. Er wurde Geschäftsführer des "Witiko-Bundes". (Der Name soll an Stifters Romanfigur erinnern, der nach Jahren des Exils von Passau aus in seine Prager Heimat zurückkehrte.)

#### Nazis, nichts als Nazis

Aus einer Mitgliederliste des "Witiko-Bundes" geht hervor, daß von 634 Mitgliedern (1958) über 600 sudetendeutsche NS-Funktionäre waren. Mit den Worten des "Witiko-Briefes": "Die Kameraden, die den Witiko-Bund bilden, waren zum Großteil in den entscheidenden Jahren der Heimat in der vordersten Linie politischen Tuns gestanden" wird das generell bestätigt. Schon Ende 1947 faßten die alten Kämpfer in Waldkrainburg an der tschechischen Grenze den Entschluß, "die Menschen, die im Sudetenland zusammengearbeitet hatten, wieder zu sammeln und zusammenzufassen".

Zuerst mußten die Mitglieder beruflich untergebracht werden. Witiko-Mitglied Walter Stain, damals Hitlerjugendführer, wurde über den BHE bayrischer Arbeitsminister(!) und konnte gleich vier der Kameraden versorgen: den ehem. Stellvertreter Henleins, Dr. Köllner, den damaligen NSDAP-Hauptstellenleiter und SS-Hauptsturmführer Dr. Hergl, der in einer Denkschrift an Hitler den Vorschlag gemacht hatte, das Volkstumsproblem zu lösen, indem man alle Tschechen ausrotte, und die Witiko-Mitglieder Priller und Kolarczik. Ein weiterer Kamerad konnte im Kultusministerium untergebracht werden. Dr. Walter Becher, langjähriger Witiko-Vorsitzender, ehemals Redakteur der nationalsozialistischen "Zeit" in Prag und Reichenberg, wo er die Vernichtung der Juden gefordert hatte, kam über die GDP als CSU-Hospitant in den Bundestag. Er wurde Geschäftsführer des Sudetendeutschen Rates.

#### Mit der Waffe in der Hand...

Nach und nach gelang es dem "Witiko-Bund", seinen politischen Einfluß zu vergrößern. Seine Mitglieder sitzen

heute, in Parlamenten und Ministerien der Bundesrepublik. Von den 13 Mitgliedern des Bundesvorstandes der sudetendeutschen Landsmannschaft sind zehn Witiko-Leute. Vorsitzender ist Dr. Franz Böhm, einst persönlicher Referent Henleins, parteiamtlicher NSDAP-Gaurichter und Beisitzer des Standgerichts in Reichenberg. Ein Vorstandsmitglied, Dr. Franz Ohmann, war bis zum März d.J. Amtsrichter in Hessen. Dann wurde er amtsenthoben. Die Staatsanwaltschaft wirft dem ehemaligen Gestapo-Mitarbeiter vor, in Prag die Personalbogen von inhaftierten Juden und Antifaschisten mit dem Vermerk "Rückkehr unerwünscht" versehen zu haben.

Während sich Staatsanwaltschaften und Gerichte (aber auch dort sitzen viele "Freunde"; d.Red.) mit sudetendeutschen Vertriebenenfunktionären befassen (der überführte Schreibtischmörder Krumej war Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft) beschäftigt sich der "Witiko-Bund" mit der Zukunft der alten Heimat: "In diesem Augenblick stehen auch wir vor der endgültigen Lösung unserer Sudetenfrage. Wir werden dann die Heimat gewinnen oder für immer verlieren. Gewinnen werden wir nur, wenn wir das Kommende zeitig genug erfassen, wenn wir eine einsatzbereite junge Generation aktiviert haben, die bereit ist, sich persönlich dafür einzusetzen, auch mit der Waffe in der Hand..." (Veröffentlichung der "Sudetendeutschen Aktion"). -

Von den Sozialdemokraten ist kein Widerspruch zu erwarten. Zwar hatte Wenzel Jaksch 1942 in London erklärt: "Wir werden (nach dem Kriege) nicht versäumen, uns mit den Henleinverbrechern so gründlich zu befassen, als es der heilige Zorn unserer Überlebenden gebietet." Aber der heilige Zorn legte sich mit der Zeit. 1965 steckte Ernst Paul die Grenzen ab, in denen die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde mit Landsmannschaft und "Witiko-Bund" zusammenarbeiten will: "Die sehr ehrenwerte Gesinnungsfestigkeit unserer 'Antifa-Gruppen' droht uns von der großen Masse der Sudetendeutschen zu isolieren und gefährdet jenes große politische Erziehungswerk, ▷

## von der Heydte muß zahlen

Prof. Freiherr von der Heydte, Brigadegeneral der Reserve der Bundeswehr, durch dessen Anzeige das berüchtigte Verfahren gegen den "Spiegel" ausgelöst wurde, mußte jetzt eine peinliche Niederlage, allerdings nur vor Gericht, hinnehmen. Der Frankfurter Röderberg-Verlag, in dem u.a. die antifaschistische Wochenzeitung "Die Tat" erscheint, teilte dazu am 27. Juli mit:

Wenige Tage vor der Buchmesse 1964 hatte das Landgericht Würzburg auf Antrag von Prof.v.d.Heydte eine einstweilige Verfügung gegen den Röderberg-Verlag erlassen. Aus dem Buch "Der

▷ das wir in der Heimat durchgeführt hätten." - Jaksch schickte dem Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft, Dr. Illing, zu dessen 60. Geburtstag ein herzliches Glückwunschtelegramm, so, als wäre dieser niemals SS-Führer und NSDAP-Gauamtsleiter gewesen. Und über Franz Karmasin hieß es in der "Brücke", dem Organ der Seliger-Gemeinde: "Karmasin möge wissen, daß gerade jene Sudetendeutschen, die das Hitlerregime von Anfang an bekämpft haben, ihn als einen hochanständigen und recht-schaffenen Mann kennen und schätzen gelernt haben." (!)

Schoß ist fruchtbar noch..." mußte eine Seite entfernt werden. Jetzt wurde das mündliche Urteil in Würzburg verkündet. Das Landgericht Würzburg weist die Klage des Freiherrn in 5 von 7 Punkten zurück. Nur in 2 unwesentlichen Punkten konnte die einstweilige Verfügung aufrechterhalten werden. 4/5 der Kosten muß von der Heydte tragen, 1/5 der Röderberg-Verlag.

Das Buch "Der Schoß ist fruchtbar noch..." hat uns nicht weniger als fünf Prozesse und etliche Klageandrohungen eingebracht. Nachdem die "NATIONAL-ZEITUNG" und der Hestia-Verlag (Schriftsteller Konsalik und Ettighoffer) bereits verloren, hat nun der Schriftsteller Sigmund Graff seine Klage zurückgezogen. Als letztes Verfahren ist nur noch die Klage des Schriftstellers Kurt Ziesel anhängig.

Soweit die Verlagsmitteilung. Das Buch von Heinz Brüdigam, das mehrere nazistisch belastete Leute zu Klagen veranlaßte, hat dadurch nur noch im In- und Auslande an Popularität gewonnen. Infolge der großen Nachfrage ist es inzwischen in einer zweiten verbesserten und im Umfange erweiterten Auflage erschienen.

*"Du bist auch einer von jenen,  
Denn deine Sprache verrät dich."*

Exkaiser Wilhelm II. am 23. 11. 1891 bei einer Rekrutenvereidigung in Potsdam: "Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß I c h euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen."

Bundespräsident Heinrich Lübke am 11. 10. 1961 vor der "Führungsakademie" der Bundeswehr: "Der Soldat der Bundeswehr muß darauf vorbereitet sein, einmal gegen seine eigenen Landsleute zu kämpfen."

Adolf Hitler kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion i.J. 1941: "Wir brauchen nur die Tür einzutreten, und der ganze morsche Bau bricht zusammen."

Bundespräsident Heinrich Lübke am 17. 6. 1965 in Helmstedt: "Das sowjetische Regierungssystem und die Sowjetregierung würden die Katastrophe eines Krieges nicht überleben."

- Solche Sprache verrät nur eine Absicht: Krieg! -

## Wilhelm Firl

Zu den Opfern der faschistischen Gewaltherrscher, die schon in Friedenszeiten dem Scharfrichter ausgeliefert wurden, gehört der 1894 in Dresden geborene Widerstandskämpfer Wilhelm Firl; er wurde am 17. August 1937, zwei Jahre vor Kriegsbeginn, in Plötzensee enthauptet.

Als Schüler erhielt Wilhelm Firl auf Grund seiner außerordentlichen Begabung eine Freistelle an einer Realschule. Das war im kaiserlichen Deutschland eine seltene, keineswegs übliche Auszeichnung. Doch schon als Vierzehnjähriger mußte er nach dem Tode des Vaters als Zeitungsaussträger zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Später fand er Arbeit in einem Anwaltsbüro. Durch die Vermittlung eines Pfarrers erhielt er dann eine Freistelle am protestantischen Missionar-Seminar in Leipzig. Hier geriet der junge Wilhelm nach zweijährigem Studium in ernste Gewissenskonflikte; er lehnte es ab, als Missionar des kaiserlichen Deutschlands zu wirken.

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges ging er an die Front und wurde im Jahre 1917 als Kriegsinvalide aus dem Heeresdienst entlassen. Im Kriegslazarett erkannte er seine wahre Lebensaufgabe und wurde Sozialist; er schloß sich zunächst der SPD und später der USPD an. In Chemnitz, wo er ein Anwaltsbüro leitete, lernte er Fritz Heckert kennen, der damals einer der Führer des Spartakusbundes war. Er trat bei Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands bei und war in den folgenden Jahren besonders im Erzgebirge politisch tätig. 1923 wurde er als Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD nach Berlin berufen und leitete die politische Arbeit im Berliner Unterbezirk Schöneberg. Wilhelm Firl hat schon damals, lange vor Hitlers Machtantritt, vor dem aufkommenden Faschismus gewarnt und unablässig und selbstlos dagegen angekämpft. Deshalb auch verurteilte ihn bereits die Weimarer Justiz im Jahre 1928 zu fünfzehn Monaten Festung.

Nach der faschistischen Machtübernahme gehörte Wilhelm Firl zu den leitenden Funktionären der nun illegalen Partei. Nach einem kurzen Aufenthalt in der Tschechoslowakei kehrte er 1935 nach Deutschland zurück. Im März 1936 wurde er in Berlin verhaftet und als führender Funktionär der illegalen Kommunistischen Partei zum Tode verurteilt.

Wilhelm Firl war ein furchtloser, seiner antifaschistischen Sache treu ergebener Kämpfer. In seinem letzten Brief an seine Frau, am 16. August 1937 im Gefängnis Plötzensee geschrieben, heißt es unter anderem: "...Denke vorwärts. Auch ich denke nicht zurück. In meiner letzten Stunde denke ich noch vorwärts. Und so aufrecht, wie Du mich hier immer gesehen hast, bin ich bis zuletzt..."

### DER MAHN RUF

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der  
VVN Westberlin. Herausgeber: VVN West-  
berlin, Berlin 44, Boddinstraße 64. Für  
den Inhalt verantwortlich: Karl Winkel.